

III.20

Politik

Demokratie stärken, Teil 2 – Helfen Volksentscheide gegen Politikverdrossenheit?

Niklas Kamm



© picture alliance/dpa | Marcus Brandt

Die Unterrichtseinheit behandelt Formen der direkten Demokratie wie Bürgerräte und Volksentscheide und vergleicht Beispiele aus Irland, der Schweiz und Deutschland. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren, ob es bundesweite Volksentscheide und ein Wahlalter ab 16 Jahren geben sollte. Ziel ist es, ihre politische Urteilskompetenz und Beteiligungsbereitschaft zu stärken.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	9–12
Dauer:	ca. 6 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Analyse-, Urteils- und Medienkompetenz
Thematische Bereiche:	Partizipationsmöglichkeiten, Volksentscheide, direkte Demokratie in europäischen Nachbarländern, Wahl ab 16

Auf einen Blick

1.–3. Stunde

Thema:	Sollte es direkte Demokratie auf Bundesebene geben?
M 1	Volksentscheid oder Biergarten – Lohnt es sich, mehr direkte Demokratie zu wagen?
M 2	Wir haben das letzte Wort! – Direkte Demokratie in der Schweiz
M 3	Was spricht für und was gegen Volksentscheide? – Eine Pro-Kontra-Debatte vorbereiten
M 4	Pro-Kontra-Debatte – Methodeninfo
Inhalt:	Die Lernenden beschäftigen sich anhand von Beispielen aus Irland und der Schweiz mit direkter Demokratie und entwickeln Argumente für und gegen Volksentscheide. In einer Pro-und-Kontra-Debatte diskutieren sie, ob es auch in Deutschland Volksentscheide auf Bundesebene geben sollte.
Benötigt:	Beamer, Tablet/PC, Internetzugang, ggf. große Karteikarten
Hausaufgabe:	Ggf. Karikaturenanalyse üben

4.–6. Stunde

Thema:	Sollte man bei Bundestagswahlen ab 16 wählen dürfen?
M 5	Wahlrecht ab 16? – Pro- und Kontra-Argumente sammeln
M 6	Familiendiskussion – Rollenbeschreibung
Inhalt:	Die Jugendlichen arbeiten mit Statistiken und Texten, die Argumente für und gegen ein früheres Wahlalter enthalten. Im Anschluss diskutieren sie in einer Familiendiskussion.
Benötigt:	Beamer, Tablet/PC
Hausaufgabe:	Ggf. Bewertung schreiben

Erklärung zu den Symbolen



Dieses Symbol markiert differenziertes Material. Wenn nicht anders ausgewiesen, befinden sich die Materialien auf mittlerem Niveau.



leichtes Niveau



mittleres Niveau



schwieriges Niveau

Volksentscheid oder Biergarten – Lohnt es sich, mehr direkte Demokratie zu wagen?

M 1

Im Oktober 2025 stimmte eine Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger in einem Volksentscheid für mehr und schnelleren Klimaschutz. Auf Bundesebene gibt es solche Volksentscheide bisher nicht, obwohl dies vonseiten der Befürworterinnen und Befürworter immer wieder gefordert wird. Doch es gibt auch Kritik am Konzept „Volksentscheid“.

Aufgaben

1. Beschreibe die Karikatur.
2. Erläutere die Hauptaussage.
3. Schau dir das Video „Bürger.Macht. – Mehr direkte Demokratie“ vom MDR an: <https://raabe.click/Buergermacht>
4. Beschreibe anhand des Videos die Rolle von Bürgerräten und direkter Demokratie in Irland.

Volksentscheid oder Biergarten?



Quelle: © Christiane Pfohlmann, zu finden unter: https://es.toonpool.com/cartoons/Volksentscheid_91849#

M 2

Wir haben das letzte Wort! – Direkte Demokratie in der Schweiz

In unserem Nachbarland Schweiz gehören Volksentscheide zum politischen Alltag. Doch lässt sich dieses Modell auch auf Deutschland übertragen?

Aufgaben

1. Beschreibe die Grafik. Erkläre, wie in der Schweiz die direkte Demokratie funktioniert.
2. Schau dir das Video „Schweiz stimmt bei Volksabstimmung für eine dreizehnte Monatsrente“ auf tagesschau.de an und erläutere, wie Schweizerinnen und Schweizer bei der Rente mitentschieden haben: <https://raabe.click/Volksentscheid/Schweiz>
3. Beantwortet in einer Blitzlichtrunde spontan die Frage: Sollte es auch in Deutschland direkte Demokratie auf Bundesebene geben?

So funktioniert die direkte Demokratie in der Schweiz



WIR HABEN DAS LETZTE WORT

DIREKTE DEMOKRATIE

In der Schweiz ist das **Volk der Souverän**, also die oberste politische Instanz.



MITBESTIMMEN

Schweizerinnen und Schweizer haben **umfassende politische Mitbestimmungsrechte**. Mit einer **Volksinitiative** können die Stimmberechtigten eine Änderung oder Ergänzung der Verfassung beantragen. Die Stimmberechtigten können ein **fakultatives Referendum** gegen ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz ergreifen. Jede vom Parlament beschlossene Verfassungsänderung untersteht dem **obligatorischen Referendum**.

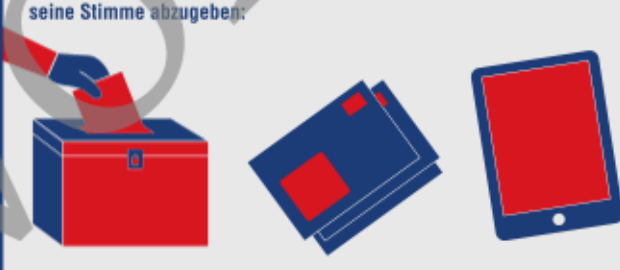


NR. 1

Die Schweiz steht an der Spitze des «**Direct Popular Voting Index**».



Es gibt 3 Möglichkeiten, seine Stimme abzugeben:



an der Urne

brieflich

online (Pilotversuche)

Bis zu **4-mal jährlich** finden in der Schweiz Volksabstimmungen statt.

47%

Durchschnittliche Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Abstimmungen in den letzten zehn Jahren.

© EDA, Präsenz Schweiz 2024 / Quellen: Bundeskanzlei, Bundesamt für Statistik, Swissvote, V-Dem Institute / Mehr auf aboutswitzerland.org

Quelle: © EDA Präsenz Schweiz 2022, zu finden unter <https://www.eda.admin.ch/aboutswitzerland/de/home/politik-geschichte/politisches-system/direkte-demokratie.html>

Wahlrecht ab 16? – Pro- und Kontra-Argumente sammeln

M 5

Vielleicht hattet ihr bereits die Gelegenheit, bei einer Kommunal- oder Landtagswahl eure Stimme abzugeben? In fünf Bundesländern ist dies möglich. Um mehr junge Menschen für Politik zu begeistern, fordern einige Expertinnen und Experten, das Wahlalter auch bei Bundestagswahlen zu senken.

Aufgabe

Arbeitet zu dritt: Person 1 liest Text a), Person 2 liest Text b) Person 3 Text c). Tragt anschließend gemeinsam Argumente zusammen, die für bzw. gegen das Wahlrecht ab 16 sprechen.



Text a) DLF: Wahlrecht ab 16? – Wann sind wir fähig, wichtige Entscheidungen zu treffen?

Der Vorschlag, das Wahlalter abzusenken, hat in der Bevölkerung viele Befürworter, aber auch viele Gegner: Rund die Hälfte der Erwachsenen hält die Idee nach einer Umfrage für sinnvoll (siehe Grafik). Wenig überraschend: Die Zustimmung zu dem Vorschlag nimmt deutlich ab, je älter die Befragten sind.

Haben 16-Jährige schon ausreichend Wissen über Politik und unser politisches System – und sind sie daran interessiert? Mit diesen Fragestellungen hat sich der Politologe Arndt Leininger von der Technischen Universität Chemnitz beschäftigt. Dafür befragte er 2019 rund um die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren. Das Ergebnis: In der Altersgruppe gebe es „keine Unterschiede in dem, was die jungen Menschen wissen oder wie sehr sie sich für Politik interessieren“, sagt Leininger. Egal, ob 16, 17 oder 18 – alle Altersstufen erreichten bei den Testfragen zu politischem Wissen und Interesse auf einer Skala von 1 bis 5 eine gute 3. Das ist zwar etwas schlechter als der Durchschnitt bei den aktuellen Wahlberechtigten. Aber das Ergebnis liefert keinen Hinweis darauf, dass 16-Jährigen im Vergleich zur zwei Jahre älteren Vergleichsgruppe das nötige Rüstzeug fehlt, um zu wählen.

Das bestätigt auch Leiningers Jugendwahlstudie 2021. Sie zeigt außerdem: Ein abgesenktes Mindestwahlalter könnte helfen, junge Menschen mehr für politische Partizipation zu begeistern. Schließlich gehen viele mit 16 Jahren noch zur Schule – und könnten sich hier noch mehr mit Politik beschäftigen. Mit 18 Jahren befinden sich viele junge Menschen dagegen in einer großen Umbruchphase ihres Lebens, in der für Politik und Wahlen möglicherweise weniger Platz ist.

Quelle: Wann sind wir fähig, wichtige Entscheidungen zu treffen?, © Deutschlandfunk, Autor: lkn, zu finde unter <https://www.deutschlandfunk.de/wahlrecht-ab-16-wahlalter-deutschland-100.html>

Text b) SWR aktuell: Wahlrecht für junge Menschen

Das Wahlalter für die Bundestagswahl liegt in Deutschland seit 1972 bei 18 Jahren. Davor waren es sogar 21 Jahre. Die Absenkung des Wahlalters zur Europawahl 2024 hatte die Ampel-Regierung ein Jahr zuvor so beschlossen. Diese Entscheidung wurde damals unter anderem damit begründet, dass bei einigen Themen – zum Beispiel dem Klimaschutz, für den sich viele junge Menschen einsetzen – Entscheidungen weit in die Zukunft reichen würden – auch über Legislaturperioden hinaus. [...]

Befürworter des Wählens ab 16 sagen: Es sei für junge Menschen nicht nachvollziehbar, warum sie an Kommunal- und Landtagswahlen oder der Europawahl teilnehmen dürften, aber nicht an der Bundestagswahl. Ein weiteres Argument der Pro-Seite: Die Gesellschaft in